



„Direktvertrieb ein wichtiger Wirtschaftszweig!“

DIREKT! Autor Vazrik Bazil befragte Spitzenpolitiker vor der Bundestagswahl

Am **27. September** wurde der **17. Deutsche Bundestag** gewählt. Angela Merkel hieß die alte Bundeskanzlerin, Angela Merkel heißt die neue. An Stelle der schwarz-roten Koalition aus CDU und SPD ist die schwarz-gelbe, auch Tigerentenkoalition genannt, aus CDU und FDP getreten. Natürlich ließen es sich diverse Spitzenpolitiker kurz vor der Wahl nicht nehmen, auf Anfrage des Bundesverband Direktvertrieb Deutschland e. V. (BDD) ihr persönliches Statement zum Direktvertrieb abzugeben.

Wie der Bundestag sitzt auch der 1967 gegründete Bundesverband Direktvertrieb e.V. (BDD) in Berlin. Der BDD ist eine der beiden Interessenvertretungen eines in Deutschland fast neun Milliarden Euro Jahresumsatz (Stand 2007, Quelle: wfdsa.org) generierenden Wirtschaftszweigs. Ein wichtiger Bestandteil der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder ist die sehr gute Öffentlichkeitsarbeit des Verbands. Hierzu gehört auch die seit November 2008 zweimonatlich Online und im Print erscheinende verbandseigene Publikation „DIREKT! – Informationen des Bundesverbandes Direktvertrieb“.

Wie schon vorher das „Bulletin des Direktvertriebs“ ist DIREKT! keine reine Mitgliederzeitschrift, sondern für die breite Öffentlichkeit gemacht. Kurz vor der Bundestagswahl befragte der BDD durch DIREKT! Autor Vazrik Bazil, Spitzenpolitiker der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Bedeutung des Direktvertriebs allgemein und für die Zukunft. Was die Vertreter der verschiedenen Parteien zum Thema zu sagen hatten, lesen Sie bitte nachfolgend.

Gudrun Kopp, Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion für Energiepolitik und Welthandelsfragen: „Gerade aus verbraucherpoltischer Sicht stellt diese Vertriebsform eine Chance dar, da Unternehmen und Endverbraucher in direktem Kontakt stehen und somit eine seriöse Vertrauensbasis auf Handelsebene geschaffen werden kann.“ Im Zusammenhang mit der Neuregelung des europäischen Verbraucherrechts treten die Freien Demokraten für eine Vollharmonisierung der Verbraucherschutzvorschriften ein.

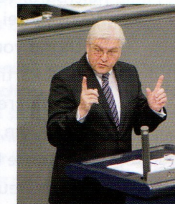


Jürgen Trittin, Spitzenkandidat Bündnis 90/Die Grünen: „Wir schätzen den Direktvertrieb als einen Vertriebsweg, der es kleinen und mittelständischen Unternehmen möglich macht, eine direkte Abhängigkeit vom Großhandel zu umgehen. Voraussetzung ist natürlich, dass er seriös und fair genutzt wird und Verbraucher- und Datenschutzrechte auf hohem Niveau geschützt werden.“ In Bezug auf die Neuregelung des europäischen Verbraucherrechts äußert sich Trittin eher kritisch: „Mit ihrem Richtlinienentwurf zur Vereinheitlichung des europäischen Verbraucherrechts auf niedrigem Niveau betreibt die EU-Kommission leider Raubbau an den nationalen Verbraucherrechten. Wir Grüne wollen das Verbraucherrecht aber nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner stützen.“



Oskar Lafontaine, Spitzenkandidat Die Linke: „Besonders in strukturschwachen Regionen, aus denen sich große Handelsketten zurückziehen, kann der Direktvertrieb lebend wirken.“

Frank-Walter Steinmeier, bisheriger Außenminister und Vizekanzler sowie Kanzlerkandidat der SPD: „Gerade im ländlichen Raum sichert der Direktvertrieb die Versorgung der Menschen. Das brauchen wir. Für mich steht im Vordergrund, fairen Wettbewerb und Verbraucherschutz zu garantieren.“ Skeptisch beurteilt Steinmeier die von der EU-Kommission geplante Vollharmonisierung des EU-Verbrauchervertragsrechts. Die jetzt geplanten Harmonisierungsmaßnahmen sollen seiner Meinung nach noch einmal überprüft werden: „Ich unterstütze die Harmonisierung des Verbraucherschutzes in der Europäischen Union. Sie darf aber nicht zu einer Absenkung unserer deutschen Standards führen.“



Volker Kauder, Fraktionschef CDU/CSU: „Der Direktvertrieb ist ein entscheidender Wirtschaftszweig, dessen Umsätze kontinuierlich steigen – und in Zukunft noch weiter steigen werden. Bereits heute nutzt schon jeder zweite Deutsche diese Möglichkeit des Einkaufens. Im Rahmen der aktuellen Diskussion über eine Richtlinie für Verbraucherrechte wollen wir einen Ausgleich schaffen zwischen den Interessen des Direktvertriebs und denen der Verbraucher.“ Was die geplante Harmonisierung des EU-Verbraucherrechts betrifft, bleibt die Union nach Worten von Kauder bei ihrer bereits im Europa-Wahlkampf vertretenen Position: „Es soll geprüft werden, in welchen Bereichen eine Vollharmonisierung angestrebt und in welchen Bereichen die bewährten nationalen Regelungen weiter Geltung haben sollten. Die CDU ist dafür, eine so genannte Korridorharmonisierung einzuführen, das heißt eine Minimalharmonisierung und ein Maximalniveau – zwischen beiden können sich die Mitgliedsstaaten bewegen und haben damit einen gewissen Gestaltungsspielraum.“

